

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen

A black and white photograph of a stack of newspapers. A tablet computer is placed on top of the stack, angled towards the right. The newspapers are slightly crumpled and have some text visible, such as 'zwischen', 'ten da sind', 'müssen die', 'dem Februar', and 'LADDER'.

Pressespiegel

10.01.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Terminal leitet Gas ein <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.01.2023</i>	3
2 Koalition streitet über Atomkraft <i>Handelsblatt, 10.01.2023</i>	4
3 Suche nach Atom-Endlager beißt auf Granit <i>Saale Zeitung, 10.01.2023</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.01.2023 | S. 7

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

👤 Christopher Hirsch

LNG-Terminal leitet Gas ein

Über das Lubminer Terminal für Flüssigerdgas (LNG) ist am Montag erstmals Erdgas in das Gasnetz eingeleitet worden. Nach vorläufigen Daten von Netzbetreibern handelte es sich dabei zunächst um eine vergleichsweise geringe Menge. Stephan Knabe von der Deutschen Regas, die das Terminal betreibt, bestätigte die Einleitung. Im Rahmen des bisher genehmig-

ten Probetriebs dürften etwa 20 Prozent der eigentlich möglichen Menge eingespeist werden. Am Samstag soll dem Unternehmen die eigentliche Betriebsgenehmigung überreicht werden. Dazu werden u. a. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erwartet.

STROMVERSORGUNG**Koalition streitet über Atomkraft**

FDP und Grüne werden sich nicht einig über eine mögliche Laufzeitverlängerung der drei verbliebenen Kernkraftwerke. Dabei gerät die Stromversorgung schon heute an ihre Grenzen.

Die Antwort von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf die Frage, ob es eine Expertenkommission zur Zukunft der Kernkraftwerke in Deutschland geben werde, fiel klar und kurz aus: „Nein“, sagte der Grünen-Politiker am Sonntag in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“. Deutlicher hätte die Absage an die Adresse des Koalitionspartners FDP kaum ausfallen können.

Seit Tagen streiten sich Grüne und Liberale in Sachen Laufzeitverlängerung für die verbliebenen drei Kernkraftwerke in Deutschland. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hatte den Stein in der ersten Januarwoche ins Rollen gebracht: Er forderte, eine unabhängige Expertenkommission über eine weitere Laufzeitverlängerung der drei AKWs entscheiden zu lassen.

Wissing erhielt in den vergangenen Tagen Unterstützung aus der ganzen Partei, auch von FDP-Chef Christian Lindner. Und noch am Montag legten FDP-Politiker wie Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, nach: Es sei „dringend an der Zeit, die Ausstiegsreihenfolge in Deutschland neu zu diskutieren“, sagte er. Die Kernkraft könne als Übergangstechnologie kurzfristig helfen, den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren. „Das Jahr 2023 könnte damit zum politischen Erfolgjahr für die deutschen Ambitionen beim Klimaschutz werden. Für eine sachgeleitete Entscheidung braucht es deshalb die vorgeschlagene Expertenkommission zur Energieversorgung“, sagte Kruse.

Dauerstreitthema der Ampel

In der vergangenen Woche hatte der Thinktank Agora Energiewende vorläufige Zahlen zur deutschen CO₂-Bilanz vorgelegt. Demnach verfehlte Deutschland seine Ziele 2022 trotz gesunkenen Energieverbrauchs. Als einer der Hauptgründe wird der verstärkte Einsatz von Kohlekraftwerken genannt. Die Debatte um die Atomkraft wird damit zum Dauerstreitthema der Ampelkoalition.

Noch im Oktober hatte es für einen Moment so ausgesehen, als sei der Streit beigelegt. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht und Habeck kurzerhand angewiesen, alle drei verbliebenen Atomkraftwerke – die Meiler Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland – bis zum 15. April 2023 weiterlaufen zu lassen.

Habecks Plan war ein anderer gewesen. Er hatte eine Lösung durchsetzen wollen, die viele Akteure überrascht hatte, auch die Betreiber der Atomkraftwerke selbst: Zwei der drei Meiler, nämlich die im Süden Deutschlands gelegenen Anlagen Isar 2 und Neckarwestheim 2, sollten im ersten Quartal 2023 noch im Standby-Modus zur Verfügung stehen und im Notfall eingeschaltet werden. Die Anlage in Emsland sollte am 31. Dezember außer Betrieb gehen. Doch Scholz hielt das für zu unsicher.

Für die Grünen ist der Weiterbetrieb bis zum 15. April eine politische Zumutung. Ein endgültiges Aus für die Atomkraft hat für die Partei hohen Stellenwert. Besonders die Parteibasis tat sich schwer damit, alle drei Meiler bis ins Frühjahr hinein laufen zu lassen.

Doch jenseits der Kämpfe um energiepolitische Symbole gibt es eine energiewirtschaftliche Dimension: Ist das Stromversorgungssystem auch ohne die drei Atomkraftwerke robust genug? Dabei richten die Experten ihre Blicke insbesondere auf den Winter 2023/2024. Der aktuelle Winter begann unter deutlich günstigeren Vorzeichen, bis in den August hinein strömte noch russisches Gas nach Deutschland. Das machte es nicht nur vergleichsweise leicht, die Gasspeicher zu füllen, sondern auch, die Gaskraftwerke zu versorgen. Für den nächsten Winter jedoch besteht diese Option nicht mehr. Es muss alles wie am Schnürchen laufen, wenn die Speicher gefüllt werden sollen. Insbesondere müssen noch mehrere LNG-Terminals in Betrieb gehen.

Allerdings war es auch in diesem Winter bereits brenzlich. Das belegen Zahlen der Datenplattform „Smart“ der Bundesnetzagentur. Demnach sank am Nachmittag des 16. Dezember des vergangenen Jahres der Beitrag von Wind und Sonne zur Deckung der Stromnachfrage bis unter zwei Gigawatt (GW). Hinzu kamen nochmals etwa zwei GW aus Biomasse und Wasserkraft. Die Stromnachfrage bewegte sich an diesem Nachmittag zwischen 60 und 70 GW.

Mit anderen Worten: Der bei Weitem größte Anteil der Nachfrage musste über Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke gedeckt werden. Die Strompreise erreichten Werte von 560 Euro je Megawattstunde, angesichts von Gaspreisen in Höhe von 140 Euro je Megawattstunde war die Stromerzeugung aus Gas also sehr lukrativ.

Trotz der Gasmangellage waren deshalb über 19 GW Gaskraft in Betrieb – ein historischer Höchstwert, der allerdings dem politischen Ziel, die Gasvorräte zu schonen, zuwiderläuft. Obgleich der Verbrauch noch deutlich unter den Höchstwerten des Jahres 2022 lag, waren teilweise über fünf GW an Strom-Nettoimporten erforderlich, um die Nachfrage zu decken – mehr als die aktuell noch am Netz befindliche Leistung aus

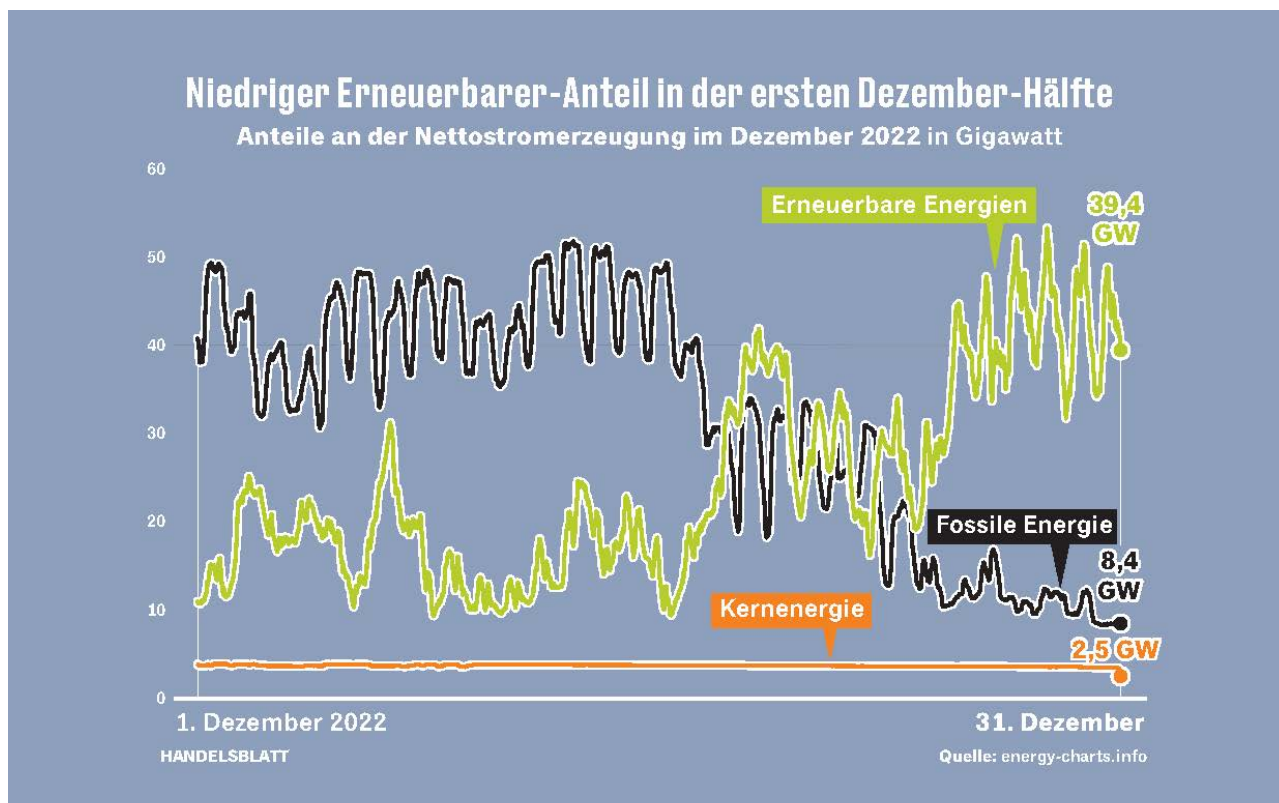
Kernkraft. Sie beläuft sich auf knapp vier GW.

Christof Bauer, Energieexperte der TU Darmstadt, bewertet das als Alarmsignal und hält es daher für falsch, Atomkraftwerke aus dem System zu nehmen. „Zum ersten Mal haben wir am konkreten Ereignis gesehen, dass Deutschland bereits heute auf zuverlässige Lieferungen aus dem Ausland angewiesen ist – selbst wenn die Kälte noch relativ maßvoll und der industrielle Verbrauch aufgrund der Energiepreiskrise niedriger als normal ausfällt“, sagte Bauer, der auch dem Energieausschuss des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) angehört.

Dass das Ausland immer in diesem oder sogar in noch größerem Umfang aushelfen könne, sei keineswegs sicher. Es dürfe daher „kein einziges Kraftwerk mehr aus dem Markt genommen werden, ohne vorher für entsprechenden Ersatz durch anderweitige gesicherte Leistung zu sorgen“, sagte Bauer.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

560 Euro je Megawattstunde erreichten die Strompreise in diesem Winter. - Quelle: Bundesnetzagentur



Handelsblatt Nr. 007 vom 10.01.2023
 © Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Bildunterschrift: Deutschland: Energiemix - Anteil der Erneuerbaren Energien, der Kernenergie und fossilen Energieträgern an der Nettostromerzeugung in Gigawatt 01.12.2022 bis 31.12.2022 (MAR / UMW / Grafik)

📰 Saale Zeitung | 10.01.2023 | S. 13

📄 Auflage: 9.837 | Reichweite: 23.206

👤 Günter Flegel

Suche nach Atom-Endlager beißt auf Granit

Heisses Eisen Der Landkreis Haßberge steht auf der Liste möglicher Gebiete, in denen der radioaktive Müll aus der Kernkraftwerken verbuddelt werden könnte. Doch bevor die Suche richtig beginnt, macht eine andere Art von „Kernenergie“ ihr einen Strich durch die Rechnung.

Kreis Haßberge - Nein, heute ist nicht der 1. April, und es ist weder ein schlechter noch überhaupt ein Scherz: Der Landkreis Haßberge steht auf der Liste der Gebiete, in denen die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach einem Ort sucht, an dem der strahlende Abfall aus den Atomkraftwerken für alle Zeit verschwinden soll. Genau genommen für mindestens eine Million Jahre.

Dass der „Zwischenbericht Teilgebiete“, den die BGE Ende September 2020 veröffentlicht hat, im Landkreis keinerlei Aufregung verursacht hat, liegt daran, dass die Endlager-Suche faktisch auf den gesamten Freistaat nördlich der Donau ausgedehnt wurde. Mehr als zwei Drittel der Fläche Bayerns, so das Landesamt für Umwelt in Augsburg, ist in der ersten Phase der Suche als potenziell geeignet eingestuft worden, bundesweit ist es gut die Hälfte der Fläche.

Würfel mit 30 Meter langen Kanten

Geeignet sind im Grunde alle stabilen Gesteinsformationen unter der Erde, die geologisch nicht (mehr) aktiv sind und es in absehbarer Zeit auch nicht sein werden. Unter oder in ihnen sollen die rund 27.000 Kubikmeter (ein Würfel mit 30 Metern Kantenlänge) hochgradig radioaktiver Abfall aus den deutschen Kernkraftwerken – vorneweg die abgebrannten, aber noch lange Zeit strahlenden Brennstäbe – für mindestens eine Million Jahre sicher eingeschlossen werden.

Sicher heißt: „Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss in erster Linie gewährleisten, dass die Radionuklide nicht in einer schädlichen Dosis in die Umwelt gelangen“, sagt Joachim Stahlmann, Leiter des Instituts für Geomechanik und Geotechnik an der Technischen Universität Braunschweig. Denn ewig dicht, dass wissen er und andere Experten, bleibt kein wie auch immer gestaltetes Grab für den Atommüll.

„Der Eintritt der radioaktiven Substanzen in die Umwelt sollte dementsprechend erst dann erfolgen, wenn die Radioaktivität ausreichend abgeklungen ist“, erklärt Christoph Clauser, Professor für angewandte Geophysik und geothermische Energie an der RWTH Aachen University. Eine Million Jahre, so hat es der Gesetzgeber vorgegeben, soll das Endlager die radioaktiven Substanzen so sicher wegschließen, dass für Mensch und Umwelt keine Gefahr mehr von ihnen ausgeht – wobei nicht die Strahlung alleine ein Risikofaktor. Plutonium etwa, das in einem Teil der Brennstäbe enthalten ist, gilt als eine der giftigsten Substanzen auf diesem Planeten. Eine Million Jahre – das ist im menschlichen Maßstab ein unfassbar langer Zeitraum, in geologischen Dimensionen aber nur ein Wimpernschlag. Man muss nur gut 20.000 Jahre zurückgehen, dann blickt man auf eine völlig andere Landschaft: Von Berlin etwa wäre nur noch die Spitze des Fernsehturms zu sehen, denn Norddeutschland war während der letzten Kaltzeit von einem mehrere Hundert Meter dicken Eispanzer bedeckt. Einfrieren gehört nicht zum Endlager-Konzept ...

Die radioaktiven Stoffe dürfen nicht an die Luft gelangen, und sie dürfen auch nicht mit dem (Grund-)Wasser in Kontakt kommen. Dafür sieht der Fahrplan der jetzt laufenden Lager-Suche im Gegensatz zu früheren Optionen (Salzstock Gorleben) auch Gesteinsschichten vor, die nicht wasserundurchlässig sind. Die Abdichtung gegen Wassereinträge kann in einem Endlager auch durch technische Maßnahmen sichergestellt werden, heißt es bei der BGE. 2031, so war der ursprüngliche Fahrplan, sollte die Standortsuche abgeschlossen sein und dann der Bau des Lagers beginnen. 2050 sollte das Endlager in Betrieb gehen und der Transport der Castor-Behälter aus den Zwischenlagern in die „Endstation“ beginnen.

Der Zeitplan ist nicht zu halten

Dieser Zeitplan, das verkündete die BGE Ende 2022, lässt sich nicht einhalten. Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass „in einem optimistischen Szenario“ 2046 ein Standort gefunden sein könnte, möglicherweise erst zehn Jahre später. Entsprechend verschiebt sich die Einlagerung des Atommülls um Jahrzehnte in die Zukunft. Zeitliche Vorgaben, so heißt es aus Berlin, müssten sich der Sorgfalt unterordnen.

Für den Landkreis Haßberge dürfte der „Drops“ End-

lagersuche so oder so gelutscht sein. Seit Jahren erforscht das Geo-Zentrum Nordbayern eine Wärmeanomalie im Untergrund. Dabei handelt es sich um einen gigantischen Klotz aus Granit, der ungewöhnlich warm ist. Der „Haßfurter Granit“ nährt Hoffnungen, eines Tages eine Quelle sauberer Energie anzapfen zu können, die aus dem Zerfall natürlicher radioaktiver Substanzen gespeist wird. Einmal Kernenergie reicht: Geologisch aktive Gebiete kommen für ein Atom-Endlager nicht infrage.